

Zusammenfassung des Inhalts der SVP-Broschüre von Juni 2015

## **Missbrauch und ausufernde Sozialindustrie stoppen**

generiert durch den KI-Assistenten von Adobe Acrobat (KI-generierte Zusammenfassungen können ungenau oder irreführend sein. Die Originalbroschüre ist massgebend).

Das Dokument ist ein Positionspapier der SVP, das sich mit der Problematik von Missbrauch und steigenden Sozialausgaben in der Sozialhilfe auseinandersetzt und Reformen zur Sicherung der Hilfe für Bedürftige fordert.

## **Wandel der Sozialhilfe in der Schweiz**

Die Sozialhilfe hat sich von einer temporären Unterstützung für Bedürftige zu einem dauerhaften Einkommensersatz entwickelt, was zu einer drastischen Kostensteigerung geführt hat. Die Ausgaben für Sozialhilfe haben sich zwischen 2003 und 2012 auf 2,4 Milliarden Franken verdoppelt.

- Sozialhilfe als staatlicher Lohnersatz statt Übergangshilfe.
- Kostenexplosion: 2,4 Milliarden Franken im Jahr 2012.
- Steuererhöhungen in Gemeinden aufgrund steigender Sozialhilfekosten.
- Beispiel Biel: 80% der Steuereinnahmen fließen in die Sozialhilfe.

## **Missbrauch und sozialromantische Exzesse**

Die steigenden Kosten der Sozialhilfe sind nicht nur auf Armutsfälle zurückzuführen, sondern auch auf Missbrauch und überhöhte Leistungen. Die SKOS hat durch ihre Richtlinien eine Anspruchsmentalität gefördert.

- Missbrauch und übertriebene Leistungen als Hauptursachen für Kostensteigerung.
- SKOS-Richtlinien als obligatorische Normen in vielen Kantonen.
- Absurde Sozialhilfeleistungen wie Putzfrauen und Taxifahrten für Asylbewerber.
- Durchschnittliche Kosten pro Sozialfall stiegen von 13.026 auf 15.440 Franken zwischen 2005 und 2012.

## **Zentralisierung und Entmachtung der Gemeinden**

Die Zentralisierung des Fürsorgewesens hat die Gemeinden entmachtet, während die Steuerzahler weiterhin die Kosten tragen müssen. Die Verlagerung der Sozialhilfekosten auf Kantone oder Bund löst die Probleme nicht.

- Gemeinden haben wenig Mitsprache bei Sozialhilfeentscheidungen.
- Teure Heimplatzierungen müssen unabhängig von finanziellen Mitteln übernommen werden.
- Forderung nach Wiederherstellung der Gemeindeautonomie und Transparenz.

## **Professionalisierung und Bürokratisierung im Sozialwesen**

Die Professionalisierung hat zu einer Überversorgung und einer teuren Sozialbürokratie geführt. Die Zahl der Beschäftigten im Sozialwesen hat sich in den letzten 20 Jahren um 106% erhöht.

- Anstieg der Beschäftigten im Sozialwesen um 106% seit 1994.
- Sozialarbeiter agieren zunehmend als Beamte mit Anreizen, Klienten zu halten.
- Anonymisierung der Fälle führt zu Problemen mit dem Datenschutz.

## **Zunehmende Zahl junger Sozialhilfebezüger**

Über 40% der Sozialhilfebezüger sind unter 25 Jahre alt, was zu einer langfristigen Abhängigkeit von Sozialhilfe führt. Die durchschnittliche Bezugsdauer hat zugenommen, und viele junge Menschen wachsen in Sozialhilfefamilien auf.

- 40% der 250.000 Sozialhilfebezüger sind unter 25 Jahren.
- Langfristige Abhängigkeit von Sozialhilfe ist ein Risiko.
- 68.000 Kinder leben in Sozialhilfefamilien.

## **Hoher Ausländeranteil unter Sozialhilfebezügern**

46,7% der Sozialhilfebezüger sind Ausländer, was doppelt so hoch ist wie der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung. Viele Flüchtlinge beziehen Sozialhilfe, obwohl sie arbeiten dürften.

- 46,7% der Sozialhilfebezüger sind Ausländer.
- 82,8% der Personen im Asylbereich beziehen Sozialhilfe.
- Hohe Kosten für das Sozialwesen durch Ausländer und Asylbewerber.

### **Probleme im Vormundtschaftswesen und KESB**

Die Reform des Vormundtschaftswesens hat zu höheren Kosten und einer Verrechtlichung geführt. Die Gemeinden haben weniger Einfluss auf Entscheidungen, die ihre finanziellen Mittel betreffen.

- Kostensteigerung durch Einbezug von Juristen und Treuhändern.
- Fremdplatzierungen in Heimen belasten die Gemeinden finanziell.
- Forderung nach mehr Mitsprache der Gemeinden im Vormundtschaftswesen.

### **Forderungen der SVP zur Reform der Sozialhilfe**

Die SVP fordert eine grundlegende Reform der Sozialhilfe, um Missbrauch zu bekämpfen und die Gemeindeautonomie zu stärken. Es sollen Anreize geschaffen werden, damit sich Arbeit lohnt.

- Ende der Gleichmacherei und der Anspruchsmentalität.
- Kostentransparenz und Reduktion der Ausbildungsplätze im Sozialbereich.
- Einführung einer degressiven Sozialhilfe und Einzelfallbeurteilung.
- Aufenthaltsbewilligung für Zuwanderer an Sozialhilfeabhängigkeit koppeln.

### **Die Rolle der SKOS in der Sozialhilfe**

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) agiert als Fachverband und Koordinator für Sozialhilfe in der Schweiz, ohne jedoch eine demokratische Legitimation zu besitzen. Ihre Richtlinien werden von den meisten Kantonen beachtet und haben zu einer Ausweitung der Sozialhilfeansprüche geführt.

- SKOS wurde 1905 gegründet und hat über 1000 Mitglieder,

- darunter alle Kantone und zahlreiche Städte.
- Die SKOS-Richtlinien sind Empfehlungen, die in etwa 2/3 der Kantone verbindlich sind.
- Die Richtlinien fördern eine dynamische Übernahme durch die Kantone, was zu einer nicht kontrollierten Ausweitung der Sozialhilfe führt.

### **Interessenvertretung der Sozialhilfefunktionäre**

Die SKOS wird als Interessenverband wahrgenommen, der vor allem die Sozialapparate und nicht die Bedürftigen selbst vertritt. Dies führt zu einer unkontrollierten Ausweitung der Sozialhilfeleistungen.

- SKOS-Funktionäre sind nicht gewählte Vertreter, sondern profitieren von der Zunahme der Sozialhilfe.
- Die SKOS hat einen Personalaufwand von fast einer Million Franken und engagiert PR-Agenturen.
- Die Richtlinien der SKOS tragen zur Explosion der Sozialhilfekosten bei.

### **Definition von Armut und deren Auswirkungen**

Die Definition von Armut wird von Lobbys im Sozialsektor ständig ausgeweitet, was zu einer Armutsinflation führt. Dies hat negative Auswirkungen auf die Anreize zur Selbstständigkeit.

- Der Armutsbegriff orientiert sich am Durchschnittseinkommen und nicht am Vermögen.
- Die Sozialhilfe wird zur Abhängigkeitsfalle, da es an Anreizen fehlt, selbstständig zu werden.

### **Soziales Existenzminimum und seine Auslegung**

Die SKOS definiert ein „soziales Existenzminimum“, das über das absolute Existenzminimum hinausgeht und auch Teilhabe am sozialen Leben umfasst. Dies führt zu einer Anspruchsmentalität.

- Das soziale Existenzminimum umfasst auch Ausgaben für Freizeit, Bildung und Unterhaltung.
- Die SKOS fördert einen Lebensstil, der zur Abhängigkeit von Sozialhilfe führt.

## **Fallbeispiele zur Veranschaulichung der Kosten**

Konkrete Fallbeispiele zeigen die hohen Kosten der Sozialhilfe, die oft über den Grundbedarf hinausgehen. Diese verdeutlichen die tatsächlichen finanziellen Belastungen.

- Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhält monatlich 6'761 CHF, inklusive Zusatzleistungen.
- Ein fremdplatzierter Junge kostet 7'421 CHF pro Monat, was über 89'000 CHF jährlich entspricht.

## **Realitätsferne der SKOS-Grundsätze**

Die SKOS-Richtlinien werden als realitätsfern kritisiert, da sie übermäßige Leistungen bieten und die Abhängigkeit von Sozialhilfe fördern. Dies steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Solidarität.

- Die SKOS orientiert sich an den niedrigsten 10% der Einkommensstatistik, was zu einem vollwertigen Einkommensersatz führt.
- Die Richtlinien schaffen eine unangemessene Anspruchsmentalität.

## **Sozialhilfe als bedingungsloses Grundeinkommen?**

Die Sozialhilfe wird zunehmend als Ersatz für ein reguläres Einkommen wahrgenommen, was die Bekämpfung von Armut untergräbt. Dies führt zu einer Gleichmacherei, die den Missbrauch fördert.

- Die SKOS-Richtlinien zielen nicht auf Armutsbekämpfung, sondern auf materielle Gleichheit ab.
- Menschen, die bewusst auf Einkommen verzichten, werden als bedürftig eingestuft.

## **Prinzipien der Selbstverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe**

Die SVP fordert, dass Sozialhilfe als Überbrückungshilfe fungiert und die Selbstverantwortung der Hilfsbedürftigen fördert. Dies soll durch lokale Verantwortung und persönliche Beziehungen geschehen.

- Sozialhilfe soll die Rückkehr zur Selbstständigkeit unterstützen und nicht in Abhängigkeit führen.
- Hilfe muss an Anstrengungen zur Selbsthilfe gekoppelt sein.

### **Gemeindeautonomie und finanzpolitisches Gleichgewicht**

Die Verantwortung für Sozialhilfe sollte auf Gemeindeebene liegen, um eine angemessene Kontrolle und Unterstützung zu gewährleisten. Dies fördert auch ein finanzielles Gleichgewicht.

- Gemeinden sollten für die Finanzierung der Sozialhilfe verantwortlich sein, um klare Verantwortlichkeiten zu schaffen.
- Ein finanzielles Gleichgewicht ist notwendig, um die Steuerbelastung für die Bürger erträglich zu halten.

### **Transparenz in der Sozialhilfe**

Es wird gefordert, dass die Sozialhilfe transparent gestaltet wird, um den Steuerzahlern Rechenschaft über die Verwendung der Mittel abzulegen. Dies ist entscheidend für die Akzeptanz der Sozialhilfe.

- Transparenz ist notwendig, um das Vertrauen der Steuerzahler zu gewinnen.
- Missbrauch und Anonymität in der Sozialhilfe müssen reduziert werden.

### **Anträge auf Gemeindeebene zur Sozialhilfe**

Die vorliegenden Anträge zielen darauf ab, die Herausforderungen der Sozialhilfe auf Gemeindeebene zu adressieren und die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden zu stärken.

- Interpellation zur Transparenz in der Sozialhilfe wird gefordert.
- Austritt aus der SKOS wird angestrebt, um die Gemeindebehörde mehr Entscheidungsfreiheit zu geben.
- Ein Gemeinde-Sozialkonzept soll entwickelt werden, das auf die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde zugeschnitten ist.
- Definition eines Existenzminimums, das nur grundlegende Bedürfnisse abdeckt, wird gefordert.
- Lohnabstands-Gebot soll sicherstellen, dass Arbeit immer besser entlohnt wird als Sozialhilfe.

- Effiziente Missbrauchsbekämpfung durch strenge Kontrollen und Sanktionen wird gefordert.

### **Anträge auf Kantonebene zur Sozialhilfe**

Die Anträge auf Kantonebene sollen die Transparenz und Effizienz der Sozialhilfe verbessern und die Verantwortung der Kantone stärken.

- Interpellation zur Transparenz in der Sozialhilfe mit Fragen zu Kosten, Struktur und Ausländeranteil.
- Streichung der SKOS-Richtlinien aus den Sozialhilfe-Gesetzen wird gefordert.
- SKOS-Richtlinien sollen als unverbindliche Empfehlungen betrachtet werden.
- Anpassungen der SKOS-Richtlinien sollen vorgenommen werden, um realistischere Ansätze zu schaffen.
- Entzug der Aufenthaltsbewilligung bei Sozialhilfemissbrauch wird gefordert.
- Volksinitiative zur gerechten Sozialhilfe soll erarbeitet werden, um die Eingliederung in den Arbeitsprozess zu priorisieren.

### **Transparenz der Finanzströme in der Sozialhilfe**

Die Offenlegung der Finanzströme in der Sozialhilfe soll die Verantwortlichkeit und Nachvollziehbarkeit der Ausgaben erhöhen.

- Alle Finanzströme der Sozialhilfe, einschließlich Transferzahlungen, sollen offengelegt werden.
- Statische statt dynamische Verweise auf SKOS-Richtlinien sollen in Gesetzen verankert werden.
- Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe wird angestrebt, um die Ausgaben zu senken.
- Verstärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei nicht kooperativen Sozialhilfebezügern wird gefordert.

### **Familiennachzug und Sozialhilfe**

Der Familiennachzug von sozialhilfeabhängigen Ausländern soll kritisch hinterfragt und reguliert werden.

- Anfragen zur Praxis des Familiennachzugs von sozialhilfeabhängigen Ausländern werden gestellt.
- Die Auswirkungen des Familiennachzugs auf die Sozialhilfe werden untersucht.
- Maßnahmen zur Verhinderung von Missbrauch im Familiennachzug sollen ergriffen werden.

### **Umgang mit chronischer Fürsorgeabhängigkeit**

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der chronischen Fürsorgeabhängigkeit ausländischer Personen sollen verstärkt werden.

- Anfragen zur Praxis des Migrationsamtes bei chronisch fürsorgeabhängigen Ausländern werden gestellt.
- Die Notwendigkeit von konsequenten Maßnahmen zur Beendigung der Aufenthaltsbewilligung wird betont.
- Die Verantwortung der Behörden in solchen Fällen wird hinterfragt.

### **Einwanderung in die Sozialhilfe**

Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Sozialhilfe und die damit verbundenen Herausforderungen werden thematisiert.

- Anfragen zur Einwanderung in die Sozialhilfe durch Personenfreizügigkeit werden gestellt.
- Die Unterstützung von EU-Stellensuchenden durch den Kanton wird kritisch betrachtet.
- Maßnahmen zur Verhinderung von Missbrauch im Rahmen der Personenfreizügigkeit werden gefordert.

### **Erwähnung der SKOS-Richtlinien in kantonalen Rechtsdokumenten**

Die SKOS-Richtlinien sind in verschiedenen kantonalen Sozialhilfegesetzen und Verordnungen erwähnt, wobei ihre Verbindlichkeit variiert. In 10 Sozialhilfegesetzen sind sie erwähnt, wobei sie in 6 Fällen als verbindlich und in 4 Fällen als Orientierungshilfe gelten.

- In 10 Sozialhilfegesetzen erwähnt.
- 6 Gesetze betrachten SKOS-Richtlinien als verbindlich.
- 4 Gesetze betrachten sie als Orientierungshilfe.
- In 19 Kantonen werden sie in Verordnungen erwähnt.
- 2 Kantone (ZH, NW) haben sie als umfassend verbindlich.
- 15 Kantone haben sie als verbindlich, 2 als Orientierungshilfe.
- 4 Kantone (AI, OW, SG, SH) erwähnen die SKOS-Richtlinien nicht.

### **Detaillierte Auflistung der Verweise auf die SKOS-Richtlinien**

Die detaillierte Auflistung zeigt, wie die SKOS-Richtlinien in den verschiedenen kantonalen Gesetzen und Verordnungen integriert sind. Die Verbindlichkeit und die Art der Erwähnung variieren stark zwischen den Kantonen.

- AG: SKOS-Richtlinien in Verordnung verbindlich mit Ausnahmen.
- AR: SKOS-Richtlinien in Gesetz und Verordnung verbindlich.
- BE: SKOS-Richtlinien in Verordnung verbindlich, mit Ausnahmen.
- BL: SKOS-Richtlinien orientieren sich an den Richtlinien der SKOS.
- BS: SKOS-Richtlinien in Gesetz und Richtlinien dynamisch.
- FR: SKOS-Richtlinien in Gesetz und Verordnung dynamisch.
- GE: SKOS-Richtlinien teilweise verbindlich.
- LU: SKOS-Richtlinien wegleitend, mit Abweichungen möglich.
- SO: SKOS-Richtlinien verbindlich mit Ausnahmen.
- ZH: SKOS-Richtlinien verbindlich, mit zeitlicher Fixierung.

### **Verbindlichkeit und Ausnahmen der SKOS-Richtlinien**

Die Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien ist in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich geregelt, wobei viele Kantone Ausnahmen vorsehen. Die meisten Kantone haben spezifische Regelungen, die die Anwendung der SKOS-Richtlinien betreffen.

- In vielen Kantonen gelten die SKOS-Richtlinien als verbindlich, jedoch oft mit Ausnahmen.
- Einige Kantone haben dynamische Regelungen, die Anpassungen ermöglichen.

- In anderen Kantonen sind die SKOS-Richtlinien als Orientierungshilfe deklariert.
- Die Regelungen variieren stark, was die Anwendung und die Ausnahmen betrifft.
- In einigen Fällen sind die SKOS-Richtlinien zeitlich fixiert, was bedeutet, dass sie nicht automatisch angepasst werden.